

## Sitzung des NÖ Landtages

### Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn fand ein Antrag der Grünen (Schiefergas) nicht die notwendige Unterstützung und gelangte daher nicht auf die Tagesordnung. Eine Debatte zur Anfragebeantwortung Zinsswapgeschäfte der Gemeinden wurde nach einstimmiger Annahme an den Schluss der Tagesordnung gesetzt.

Danach wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**Freiwillige in Gefahr – Ende der Wehrpflicht bedeutet Rückgang der Zivildienstler und dadurch einen personellen Kahlschlag bei Rettung, Feuerwehr und Co.**" abgehalten.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) zeigte sich sicher, dass es auch noch in Zukunft Wehr- und Zivildienst geben werde. Alles andere wäre hinsichtlich der Sicherheit, des Katastrophenschutzes und der zivilen Dienste für Österreich tragisch. Das Bundesheer müsse selbstverständlich reformiert werden und für alle Grundwehrdiener sinnvolle Tätigkeiten bereithalten. Mit der Aktuellen Stunde werde der SP die Möglichkeit gegeben, klar Stellung zu beziehen. Es würde 250 Millionen Euro mehr pro Landtagsperiode kosten, wenn Wehr- und Zivildienst abgeschafft würden.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, die Politik habe die Verpflichtung, Sicherheit zu gewährleisten. Die FP wolle keine Konkurrenz-Miliz und keine Konkurrenz zu den Blaulichtorganisationen. Der Kasernenstandort Melk sei dringend auszubauen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, das Thema sei zu wichtig, um damit politisches Kleingeld zu wechseln. Er sehe für den Fall eines Endes der Wehrpflicht bei weitem nicht so schwarz. Die auf dem Tisch liegenden Vorschläge dürften nicht reflexartig von vornherein abgelehnt werden. Es werde nicht möglich sein, alles beim Alten zu belassen.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) führte aus, in Melk ein Katastrophen-Kompetenzzentrum zu errichten, sei ein guter Plan. Allerdings passiere seit Jahren nichts. Auch die VP sei schon einmal für die Abschaffung der Wehrpflicht gewesen. Jahrzehntelang überfällige Reformen würden nicht umgesetzt. Er meinte, die Wehrpflicht müsse nicht unbedingt beibehalten werden, um die besten Rahmenbedingungen für Feuerwehr und Rettung zu erreichen. Viel wichtiger sei, junge Menschen noch mehr zu motivieren, bei den Blaulichtorganisationen mitzuarbeiten. Die Jugendlichen sollten angemessen bezahlt werden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, ohne die Wehrpflicht komme es zu personellen Problemen bei den Blaulichtorganisationen. Es sei vor allem die öffentliche Hand, die immer mehr von den Blaulichtorganisationen und ihren Freiwilligen verlange. Beim Thema Sicherheit habe die Parteipolitik nichts verloren.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, ein Ende der Wehrpflicht bedeute nicht zwingend ein Rückgang bei der Anzahl der Zivildienstler. Mittlerweile seien die Zivildienstler aus den Sozialdiensten in Niederösterreich nicht mehr wegzudenken. Das vom Sozialministerium geplante freiwillige Sozialjahr müsse für Frauen und Männer zugänglich sein. Die Kosten für ein Sozialjahr würden nicht über denen des Zivildienstes liegen, so eine aktuelle Studie. Er forderte die bevorzugte Aufnahme von freiwilligen Mitarbeitern aus Blaulichtorganisationen in den öffentlichen Dienst.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) meinte, die Sicherheit sei ein hohes Gut und es sei ein Privileg, in einem der sichersten Länder der Welt leben zu dürfen. Eine Abschaffung der Wehrpflicht würde die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres und der Blaulichtorganisationen im Katastrophenfall reduzieren. In Deutschland habe die Abschaffung der Wehrpflicht zu höheren Kosten und weniger Sicherheit geführt. Gerade im Jahr der Generationen sei der Zivildienst unverzichtbar und garantiere die hohen Standards im österreichischen Gesundheits- und Sozialsystem.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema "**Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Kleinkinderbetreuung in Niederösterreich!**".

Abgeordnete Christa **V l a d y k a** (SP) betonte, die Schaffung von neuen Kinderbetreuungsplätzen sei ein wesentlicher Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die rund 45.000 fehlenden Kinderbetreuungsplätze seien mit ein Grund für den selten verwirklichten Kinderwunsch in Österreich. Besonders bei der Kleinkinderbetreuung gebe es einen großen Nachholbedarf mit Einrichtungen, die flexible Öffnungszeiten hätten. Die Gemeinden sollten in ihren Bemühungen um die Kinder unterstützt und gefördert werden.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) betonte, das Hauptaugenmerk der Politik müsse auf der Förderung der Familien liegen. Den Freiheitlichen ginge es um eine echte Wahlfreiheit. Familienpolitik dürfe nicht zum verlängerten Arm der Arbeitsmarktpolitik degradiert werden. Die Freiheitlichen wollten mehr Gerechtigkeit für die Familien.

Abgeordneter Günter **K r a f t** (SP) sagte, die völlige Selbstbestimmtheit für Familien sei das Gebot der Stunde. Viele Familien benötigten zwei Einkommen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die Lücke zwischen Karenzurlaub und Kinderbetreuungsplätzen müsse rasch geschlossen werden. Väter und Mütter würden ein bedarfsorientiertes Angebot brauchen.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) meinte, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei der VP sehr wichtig. Die Wahlfreiheit sei oberstes Gebot. Es habe bereits sehr viele Verbesserungen gegeben, verwies sie etwa auf die Betreuung der Zweieinhalbjährigen im Kindergarten, die Tagesmütter, die Kinderkrippen oder auch die Horte in Niederösterreich. Sie wies auch auf das Aktionsteam Kinderbetreuung hin. Man könne stolz darauf sein, was in Niederösterreich für die Familien gemacht werde.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) bezeichnete die Kinderbetreuung als essentielles Thema, es gebe aber noch einiges zu tun. Bereits 60 Prozent der Mütter von Kindern in Kindergärten seien berufstätig. Diese seien darauf angewiesen, dass es genug Kinderbetreuungseinrichtungen gibt. Von besonderer Bedeutung sei auch der öffentliche Verkehr in Niederösterreich, damit Eltern sicher und günstig zur Arbeit kommen könnten. Kinder seien unsere Zukunft, betonte sie abschließend.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, die Freiheitlichen würden sich eindeutig zur Institution Familien bekennen. Hier sei die Verantwortung jedes einzelnen gefragt, um eine Lösung herbeizuführen. Es dürfe nicht sein, dass bei den Familien ein Kahlschlag passiere.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) sagte, im Bereich der Kinderbetreuung gehe es um Sicherheit für junge Menschen, um finanzielle und soziale Sicherheit. Man brauche institutionelle Kleinkinderbetreuungseinrichtungen in den Gemeinden, das bringe erst Wahlfreiheit. Die Gemeinden müssten aber entsprechend finanziell unterstützt werden. Bei der schulischen Nachmittagsbetreuung habe man auch einen Sockelbetrag zustande gebracht.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) meinte, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehe es nicht nur um die Kinderbetreuung. Es gehe auch um Rollenbilder, Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Bedeutung von Familie. Die Familie habe auch große Bedeutung für die regionale Wirtschaft. Beim Wettbewerb der Regionen hätten jene die Nase vorn, die optimale Bedingungen für junge Familien schaffen. Niederösterreich sei bei der Kleinkinderbetreuung auf einem guten Weg.

Landesrätin Mag. Barbara S c h w a r z (VP) sprach von der Familie als Ort der Geborgenheit, Zuwendung und Liebe, als Verband, der füreinander Verantwortung trage und den Kindern einen guten Start ins Leben ermögliche. Beim Kinderbetreuungsgeld die fünf Varianten auf eine zu reduzieren, wie dies Grüne und SP wollten, sei ein Anschlag auf die Familien, weil damit durch die Hintertüre die Karenzzeit verkürzt werde. Den Eltern müsste die individuelle Entscheidungsfreiheit gelassen werden.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) betonte, eine Schulung der Eltern sei dringend notwendig. Das spüre man in den Schulen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Baden, Neubau**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte. Gut Ding brauche Weile, das Projekt müsse auch im Zusammenhang mit dem Spital gesehen werden.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sprach von einer unumgänglichen Notwendigkeit. Die finanzielle Gestaltung werfe allerdings einen Schatten auf das Projekt. Der Baukostenindex sei um über 40 Prozent angestiegen. Insgesamt wisse man noch gar nicht, wie hoch die Gesamtkosten sein werden.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) betonte, die Investitionen von 32,8 Millionen Euro seien allein schon in Bezug auf die demografische Struktur gerechtfertigt. Zudem sei es eine gute Investition für die regionale Wirtschaft.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) führte aus, der heutige Beschluss werde in Baden sehnsüchtig erwartet. Es sei ein entscheidender Schritt für eine topmoderne Versorgung betagter und hochbetagter Menschen in einem der bevölkerungsreichsten Bezirke des Landes. Sie meinte, ein Teil des Landesklinikums in Baden wurde seinerzeit in ein Pflegeheim umgebaut. Auch beim neuen Landespflegeheim, das gerade errichtet werde, sei eine enge Kooperation mit dem Landesklinikum u. a. im Bereich der Küche geplant. Überdies werde es in Zukunft nur noch Ein- oder Zweitbettzimmer geben. Auch werde neuerdings eine Übergangspflege angeboten, um ältere Menschen nach einem Spitalsaufenthalt wieder zu remobilisieren. Die Eröffnung sei für Sommer 2014 geplant.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die beiden folgenden Anträge wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichterstatte-  
rin jeweils Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r, VP) und Abstimmung gemeinsam  
behandelt:

- **Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine optimale Gesundheitsversorgung für unsere Bevölkerung.**
- **Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (NÖ GÄG 1977).**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, ihre Fraktion werde diesem Regierungsantrag die Zustimmung erteilen. Es entspreche aber nicht dem internationalen Standard, dass jene, die Arzneimittel verschreiben, diese Medikamente auch verkaufen dürfen, wie dies bei den Hausapotheken der Hausärzte im ländlichen Raum in Niederösterreich üblich sei. Viele Hausärzte würden eine Hausapotheke als wirtschaftliches Standbein benötigen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) schloss sich der Kritik seiner Vorrednerin an und informierte über die Defizite und Problemen bei den Nachbesetzungen von Arztpraxen im ländlichen Raum. Besonders die älteren Menschen aber auch die jungen Familien müssten in Zukunft medizinisch bestens betreut werden.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erklärte, eine Novelle des Apothekengesetzes im Jahr 2006 sei auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes notwendig geworden. Auch das ländliche Gebiet müsse für einen praktischen Arzt ein attraktives Betätigungsfeld bleiben und daher neue attraktivere Rahmenbedingungen für Mediziner geschaffen werden. Beste Beispiele dafür seien eine Erschwerniszulage oder eine erhöhte Grundvergütung für Arztpraxen im ländlichen Raum.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sagte, ein gesundes Altern den Bürgern zu ermöglichen, sei eine große Aufgabe für die Politik. In Niederösterreich gebe es gut funktionierende Kliniken, einen hohen Versorgungsgrad mit Hausärzten, aber in peripheren Gebieten Probleme bei der Nachbesetzung von Arztpraxen.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die beiden nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichterstatter jeweils Abgeordneter Anton E r b e r , VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2010; Internationales (Reihe Niederösterreich 2011/12).**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 12 der XVII. Gesetzgebungsperiode.**

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) betonte, die Raumordnungskonferenz stelle eine bedeutende Koordination in der Entwicklung in den Gemeinden dar. Die Vorschläge würden aber laut den Planern zu wenig berücksichtigt.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) sagte, auf der kommunalen Ebene wurden 37 vom Rechnungshof bemängelte Punkte im Nachfrageverfahren umgesetzt. Beim Veranlagungsmanagement der Wohnbaugelder habe man von 16 Vorschlägen des Rechnungshofes 15 umgesetzt.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) sprach über den Rechnungshofbericht zum Kinder- und Jugendbetreuungszentrum Reichenauerhof. Fast allen Anregungen des Rechnungshofes sei Rechnung getragen worden.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) nahm u. a. zum Rechnungshofbericht über die Landesberufsschule Theresienfeld Stellung.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) kritisierte unter anderem die Veranlassung der Wohnbauförderungsdarlehen. Die Performance habe das gewollte Ergebnis um eine Milliarde unterschritten. Der Rechnungshofbericht zum Thema Externe Beratungsleistungen habe gezeigt, dass es kostengünstiger sei, Fachleute anzustellen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) nahm ebenfalls zum Rechnungshofbericht über Externe Beratungsleistungen Stellung. Diese seien in Niederösterreich „zur Mode“ geworden.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) meinte, die vorliegenden Berichte seien das Ergebnis einer wichtigen und unersetzlichen Arbeit, die durch den Landesrechnungshof und den Bundesrechnungshof verrichtet werde. Er dankte den beiden Einrichtungen für ihre engagierte und gewissenhafte Arbeit. Sie lieferten gute und wichtige Verbesserungsvorschläge, die man in Niederösterreich auch sehr ernst nehme.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) hielt fest, dass die Rechnungshofberichte zur Verbesserung der Arbeit dienten. Die Externen Beratungsleistungen seien etwa bei der Übernahme der Bahnlinien ganz wesentlich gewesen. Weiters sprach er zur Überprüfung des Landesklinikums Mostviertel in Amstetten und des Landesklinikums Thermenregion Neunkirchen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) ging auf die Berichte über die Landesberufsschule Theresienfeld, das Landesklinikum Neunkirchen und das Jugendberatungszentrum Reichenauerhof näher ein. Es sei erfreulich, dass aufgezeigte Mängel ausgeräumt wurden.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) bedankte sich beim Rechnungshof für den Bericht über die Externen Beratungsleistungen. Dieses Thema sei sehr wichtig. Der

Budgetansatz bei den Beraterleistungen sei um 80 Prozent überzogen worden. Hier gebe es noch viel Arbeit für die Zukunft, etwa in Bezug auf eine Kosten-Nutzen-Analyse, auf die Festlegung der Beratungsleistungen in Briefings oder auf den Mehrwert durch bestimmte externe Berater.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) bezog sich auf die Kliniken Amstetten und Neunkirchen. In Amstetten sei zwar ein Überschuss erwirtschaftet worden, darüber hinaus seien aber auch Mängel festgestellt worden. In Neunkirchen habe es hohes Umsetzungspotenzial gegeben, die meisten Punkte seien bereits zu 100 Prozent umgesetzt worden.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) meinte, Prüfungen seien grundsätzlich eine gute Sache. Das zeige sich auch an Neunkirchen, das aber im Kontext mit dem ganzen Industrieviertel zu sehen sei.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) betonte, bei einem „so vernichtenden“ Bericht wie jenem zu den Externen Beraterleistungen müsse sich eine Regierungspartei anders verhalten

Bei der folgenden Abstimmung wurden beide Berichte einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien, Berichte**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) eröffnete die Debatte: Bei der FIBEG sei offensichtlich ein neuer Geist eingekehrt, es gehe aber immerhin um Steuergelder. Sie stelle daher jetzt die Frage, ob die Darlehen jetzt am Markt seien oder nicht. Sie bleibe dabei, dass man mit öffentlichem Steuergeld nicht spekulieren dürfe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hielt fest, dass die FP immer dagegen gewesen sei und stattdessen für eine mündelsichere Veranlagung plädiert habe. Auch ein Sparbuch oder Staatsanleihen wären vermutlich besser gewesen.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) beschäftigte sich mit der Veranlagung in den Jahren 2010/2011. Es handle sich um das Kapital der niederösterreichischen Bürger,

bei Spekulationen im Hochrisikobereich gebe es keinerlei Möglichkeit einer Einflussnahme. Es könne daher nur die Forderung „Raus aus den Spekulationen“ geben. Der Wertverlust sei bei allen Renditen gegenzurechnen. Eine Halbzeitbilanz der vorgebliehen Langfriststrategie weise die Veranlagung als gescheitert aus. 1,8 Prozent seit Beginn der Veranlagung sei meilenweit von den Zielvorgaben entfernt. Das wäre bei einer sicheren Veranlagung zu vermeiden gewesen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) nannte die Veranlagungen des Landes Niederösterreich eine Erfolgsgeschichte. Das zeige auch, wie transparent die NÖ Finanzpolitik sei. Er meinte, die Veranlagung der Wohnbaugelder sei der zentrale Angelpunkt des erfolgreichen Weges Niederösterreichs in den letzten Jahren. Niederösterreich habe im Jahr 2011 ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent, eine Rekordbeschäftigung mit 590.000 unselbstständig Beschäftigten, eine sinkende Arbeitslosigkeit in den Regionen sowie Rekordzahlen im Tourismus verzeichnet. Im Jahr 2011 könne Niederösterreich als einziges Bundesland ein Nulldefizit vorweisen und im Jahr 2012 sei ein weiterer Abbau der Schulden geplant. Bei 323 in Deutschland registrierten Fonds liege der NÖ Fonds auf Platz 41, dabei habe man 81 Prozent in Staatsanleihen und 11 Prozent in Aktien veranlagt, den Rest in Immobilien. Erst durch die Erträge der Veranlagung seien die Konjunkturpakete, die 24-Stunden-Pflege, der Gratiskindergarten für Zweieinhalbjährige etc. möglich geworden.

Der Bericht wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen von SP, FP und Grüne angenommen.

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Österreichischer Stabilitätspakt - Festlegung einer Haftungsobergrenze für die Jahre 2011 – 2014** (Berichterstatter: Abgeordneter René L o b n e r , VP)
- **NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015** (Berichterstatterin: Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r , VP)
- **Finanzgeschäfte** (Berichterstatterin: Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r , VP)
- **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973), Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) und Änderung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e , VP)

- Antrag betreffend **Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG)** und Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Moser, Dworak u. a. betreffend **Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG)** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e , VP)

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) erklärte, Niederösterreich habe das Jahr 2011 mit einem überdurchschnittlichen Wachstum, einer Rekordbeschäftigung und einem tollen Weihnachtsgeschäft beendet. Auf der anderen Seite gebe es eine große internationale Wirtschaftskrise, die auch Europa betreffe. Diese veränderten Rahmenbedingungen, die Schuldenbremse und der Stabilitätspakt würden Veränderungen bei der mittelfristigen Haushaltspolitik in Niederösterreich erfordern. Einen ausgeglichenen Haushalt verzeichne Niederösterreich schon seit 2011, wobei der Netto-Abgang durch den Rückfluss aus den Veranlagungen abgedeckt werde. Die Senkung des strukturellen Defizits um jährlich 50 Millionen Euro werde durch ein Senken der Ausgaben und Effizienzsteigerungen erreicht.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erinnerte, insgesamt liege der Nominalwert der Veranlagungen aus den Wohnbaugeldern bei fast 8 Milliarden Euro. Im Jahr 1992 habe Niederösterreich einen Schuldenstand von 0,5 Milliarden Euro erreicht, heuer seien es bereits 7 Milliarden Euro. Laut dem Budgetfahrplan werde bis 2015 rund 2,1 Milliarden Euro von der Veranlagung in den Landeshaushalt fließen. Er forderte eine Überprüfung der Gemeindefinanzen und der Landesfinanzen durch den Rechnungshof sowie ein Verbot aller Spekulationsgeschäfte.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Er sei „nur ehrlich“ gewesen und die Wahrheit tue „eben weh“.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) meinte, Finanzpolitik heiße, die positiven Instrumente des Finanzmarktes auch zu verwenden. Faktum sei, dass das Instrument der Gemeindefinanzierungsberatung dazu beigetragen habe, dass bereits seit 2009 Risikoanalysen erstellt werden. Es gehe darum, dass Risiko zu minimieren und berechenbar zu machen. Zum gesamten Gemeindepaket hielt er fest, dass man damit die Zusammenarbeit der Gemeinden stärken wolle. Groß sei mit Sicherheit nicht billiger. Das Gemeinden-Kooperationspaket umfasse Förderungen für Gemeinden bei Projekten wie Bauhöfen oder Bädern, einen Projektkoordinator als Serviceangebot, einen Kooperationscheck sowie Förderungen für Verwaltungskooperationen. Der Landtag schaffe heute

die gesetzliche Grundlage, um den Gemeinden Kooperationen leichter zu ermöglichen. Der heutige Beschluss sei ein wichtiger Schritt für eine positive Entwicklung der Gemeinden.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) sagte, viele Gemeinden hätten auf diese Rahmenmöglichkeiten für Kooperationen gewartet. Daher seien diese zu unterstützen. Sie brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Abänderungsantrag** betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung ein. Zum Budgetprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 hielt sie fest, dass sie ausgabenseitig die notwendigen großen strukturellen Veränderungen vermisse. Einnahmenseitig seien ihr die Vorschläge zu wenig. Man verlasse sich zu sehr auf zusätzliche Einnahmen durch die Veranlagungen. Daher würden die Grünen dem Budgetprogramm nicht die Zustimmung erteilen.

Abgeordneter Christian **H a f e n e c k e r** (FP) vertrat die Ansicht, es habe eine Krise gebraucht, um darüber nachzudenken wie man in den Gemeinden nachhaltig wirtschaften könne. Die Schuldenbremse sei grundsätzlich zu befürworten, aber nur dann, wenn sie auch eingehalten werde. Die Kommunen seien weder Banken noch Investmentfonds, und deshalb sollten sie auch nicht spekulieren. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Verbot von Spekulations-, Derivat- und Zinsswapgeschäften ein.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) betonte, die SP sei zu einem Miteinander bereit. Es gehe um die Zukunft der Gemeinden und des Landes. Die finanzielle Situation Niederösterreichs solle man nicht schlecht reden, die Zahlen gehörten aber auf den Tisch. Die Netto-Verschuldung liege bei 3,7 Milliarden Euro. Beim Budgetprogramm müsse man daher rascher reagieren. Die Schulden müssten schneller zurückgezahlt werden, die Wirtschaft müsste schneller wieder angekurbelt werden. Ein **Abänderungsantrag** seiner Fraktion fordert klare verfassungsrechtliche Vorgaben hinsichtlich des schonenden Umgangs mit öffentlichen Mitteln und insbesondere eines Verbotes von Spekulationen mit öffentlichen Mitteln für Bund, Länder und Gemeinden. Ein weiterer **Resolutionsantrag** fordert die Motivierung zu umfassenden Gemeindekooperationen in Niederösterreich.

Abgeordneter Jürgen **M a i e r** (VP) sagte, die guten Daten Niederösterreichs resultierten auch aus einer kontinuierlichen und vorausschauenden Budget- und Finanzpolitik. Das NÖ Budget sei geradlinig und transparent. Diese Transparenz müsse man auch

von anderen Bundesländern verlangen. Das Budgetprogramm gewähre die Stabilität der nächsten Jahre. Jetzt müsse rasch, entschieden und unaufgeregt gehandelt werden. Bis 2017 brauche man einen ausgeglichenen Haushalt. Das Budgetprogramm sei ausgewogen, schlüssig, sinnvoll, sozial ausgewogen und behalte die Konjunkturerwicklung im Auge.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, „der Wind“ pfeife jetzt „aus einer anderen Richtung“. Hinsichtlich des Ratings werde jetzt die Notbremse gezogen. Beim Budgetprogramm seien die Ziele schon zuletzt nie erreicht worden.

Der Antrag Österreichischer Stabilitätspakt - Festlegung einer Haftungsobergrenze für die Jahre 2011 – 2014 wurde einstimmig angenommen. Das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 wurde mit VP-Mehrheit angenommen. Der Antrag Finanzgeschäfte wurde mit Mehrheit von VP und Grünen angenommen. Der Abänderungsantrag Dworak u. a. sowie der Resolutionsantrag Hafenecker blieben in der Minderheit. Die Anträge zur Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) wurden einstimmig bzw. mit der Mehrheit von SP, VP und Grünen angenommen. Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Krimer-Huber fand keine ausreichende Unterstützung, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Dworak blieb in der Minderheit. Der Antrag auf Änderung des NÖ Gemeindeverbandsgesetzes wurde mit der Mehrheit von VP, SP und Grünen angenommen. Die Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG) fand ebenfalls die Mehrheit von VP, SP und Grünen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Razborcan, Mag. Heuras, Tauchner u. a. betreffend **Ablehnung weiterer Marktöffnung bei den Bodenverkehrsdiensten auf den Flughäfen wegen drohenden Lohn- und Sozialdumpings.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, ihre Fraktion werde dem Antrag die Zustimmung erteilen. Zu hinterfragen sei aber, warum man sich in Europa in einer Spirale des Lohn- und Sozialdumpings befinde. Nach wie vor liege der Großteil der Steuerlast bei den Arbeitnehmern und nicht beim Kapital. Bei einer angestrebten Effizienzsteigerung bei den Bodenverkehrsdiensten bestehe nur die Möglichkeit, entweder die Leistungen für die Mitarbeiter zu erhöhen oder den Stundenlohn zu reduzieren.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) erklärte, seine Fraktion werde den Antrag unterstützen. Der Flughafen Schwechat sei ein gutes Unternehmen und das Lohnniveau der Mitarbeiter dürfe nicht weiter gedrückt werden.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, bei diesem Antrag gehe es um den Flughafen und um seine Mitarbeiter. Laut einer EU-Richtlinie dürften diese Dienstleistungen nicht mehr von der Flughafen-Gesellschaft selbst geleistet werden, sondern müssten ausgelagert werden, was es zu verhindern gelte.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) sagte, heute schicke der Landtag einstimmig ein klares Signal nach Brüssel, dass die geplante Richtlinie so nicht umgesetzt werden dürfe. Schon aufgrund der vorangegangenen Richtlinie seien die Löhne zurückgegangen, weil drei Viertel der Kosten der Bodenverkehrsdienste auf die Löhne entfielen. Überdies würden Verspätungen bei den Flugzeugen zu einer noch höheren Umweltbelastung führen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Als letzter Tagesordnungspunkt wurde eine Debatte zur Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Hafenecker an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Sobotka betreffend **Zinsswapgeschäfte der Gemeinden** abgehalten.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte, eine einfache Anfrage über Zinsswapgeschäfte an Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka sei viel zu kurz beantwortet worden. Es wäre wichtig zu wissen, wie viele Gemeinden in Niederösterreich solche Geschäfte abgeschlossen hätten.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) erklärte, seine Fraktion lehne Derivatgeschäfte ab.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) erinnerte, dass die Anfrage vom 23. Jänner schon am 25. Jänner beantwortet wurde. Selbstverständlich würden von der NÖ Gemeindeaufsicht auch solche Geschäfte kontrolliert. Diese Geschäfte seien aber nicht beim Land genehmigungspflichtig, sondern würden in die autonome Selbstverwaltung der Kommunen fallen.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) betonte, wenn die Gemeindeaufsicht solche Geschäfte kontrolliere, dann müsse auch das zuständige Regierungsmitglied darüber informiert werden.

Der auf Ablehnung lautende Antrag fand keine Mehrheit.

***Schluss der Sitzung!***